

Einleitung

Von Rosalinde Sartorti, Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Sprachkontakt als Sprachkonflikt“ – so lautet das Thema der vorliegenden Ausgabe dieser Zeitschrift. Seit dem 11. September aber sind mit dem Terroranschlag auf das World Trade Center und das Pentagon Konflikte ganz anderer Art über uns hereingebrochen und bestimmen unser Denken und Nachdenken über politische und soziale Kräfteverhältnisse und Gefahrenherde. Vor diesem Hintergrund nehmen sich sprachliche Konflikte in ihrer politischen Dimension geradezu marginal aus. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass die Sprachenprobleme in einzelnen Regionen durch die veränderte weltpolitische Lage für die Betroffenen weniger brisant oder relevant sein werden. Nur wird sich der Grad der Bedrohung, der mit sprachlichen Auseinandersetzungen verknüpft ist, in globalem Maßstab erheblich relativieren, selbst wenn der Sprachenstreit regional auch weiterhin in bewaffnete Konflikte münden kann.

Ursprünglich verband sich mit der Wahl dieses Themenschwerpunkts das Ziel, den Blick auf ein Konfliktpotential und dessen unterschiedliche Handhabung zu lenken, das in den letzten Jahren im postsowjetischen Raum – aber nicht nur dort – zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Es war und ist noch immer aufs Engste mit dem Ziehen neuer Grenzen im Rahmen einer politischen Neuordnung Europas verknüpft, wobei die allseits spürbaren Auswirkungen der Globalisierung bei der verstärkten Hinwendung zum Lokalen, zum Eigenen, keine unerhebliche Rolle spielen. Schließlich ist Sprache das zentrale identitätsstiftende Medium.

Aus der Distanz, d.h. kritisch-analytisch betrachtet kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine Sprachgemeinschaft gar nicht klein genug sein kann, um ihre Anerkennung als Standardsprache und damit als gleichberechtigte Staatssprache einzuklagen oder ihr Recht auf staatliche Eigenständigkeit mit einer eigenen Staatssprache anzumelden, und dies sogar häufig mit Waffengewalt. Zuweilen wird auch ein und dieselbe Sprache diesseits und jenseits der Grenze nur mit einem anderen Namen belegt (z.B. Moldauisch vs. Rumänisch oder Tad•ik vs. Persisch), so dass hier die vielfach beschworene Einheit von Sprache und Nation außer Kraft gesetzt wird. In mehrsprachigen Gesellschaften ist die Kenntnis der einen oder anderen Sprache in der Regel zugleich eine Statusfrage, ein Problem von gesellschaftlicher Anerkennung und Aufstiegschancen. Die Sprache ist in diesen Fällen Ausdruck für die jeweiligen Machtverhältnisse, um deren Erhalt oder Veränderung die beteiligten Parteien kämpfen. Zweisprachigkeit, Code-switching, Pidginisierung sind nur einige Begriffe, die die Gemüter bewegen und erhitzen. Doch nicht jeder Sprachkontakt wird zwangsläufig zum Konfliktfall, weshalb die meisten Probleme dieser Art, von denen nur einige in diesem Heft behandelt werden, auch nicht die Titelseiten unserer Zeitungen erreichen.

Die genaue begriffliche Unterscheidung zwischen Standardsprache, Hochsprache, Mundart oder Dialekt mag Linguisten vorbehalten sein, doch sind diese sprachlichen Unterschiede schlichtweg unüberhörbar und von daher bestens geeignet, sprachlich zwischen dem „Eigenen“ und „Vertrauten“ und dem „Anderen“ und „Fremden“ zu diskriminieren und die Sprache zum Maßstab für Freund oder Feind zu erheben.

Sprachkontakt und die damit einhergehende lexikalische und strukturelle Veränderung der Sprachen ist so alt wie die Geschichte der Menschheit. Was in der modernen Sprachwissenschaft als normaler sprachlicher Entwicklungsprozess beschrieben wird, kann in Krisensituationen zu einem Politikum werden, so dass – ganz in der Tradition der Sündenbock-Strategie – eine „Säuberung“ der Sprache von sogenannten „fremden Elementen“ vorgenommen wird, dies häufig unter Mithilfe von Sprachwissenschaftlern. Auch dies ist in der Geschichte nicht neu, (man denke nur an die Säuberung des Deutschen von Fremdwörtern im Dritten Reich) hat aber an politischer Stoßkraft offenbar nichts verloren, scheint doch ein erfolgreicher Sprachenkampf einer ethnischen Homogenisierung gleichzukommen und den Sieg auf politischem Feld zumindest symbolisch vorwegzunehmen.

Verschiedenste Disziplinen befassen sich mit den Problemen, die aus dem Kontakt unterschiedlicher Sprachen erwachsen: nicht nur die Linguistik oder Sprachsoziologie, sondern auch Kommunikationswissenschaftler, Soziologen, Sozialpsychologen und Politikwissenschaftler, selbst Juristen. Die politische Instrumentalisierung von Sprache hat in jüngster Zeit zu einer Konjunktur dieses Themas in den verschiedensten Forschungsrichtungen geführt, wobei ein monodisziplinärer Zugang gar nicht mehr ausreicht, um die Komplexität des Problems zu erfassen, was auch an den Beiträgen in diesem Heft deutlich wird.

Ein besonderes Problem stellt sich bei Sprachen von Minderheiten in Staaten mit multinationaler Bevölkerung, in denen eine lingua franca der interethnischen Kommunikation dient. Die Mehrsprachigkeit innerhalb der Grenzen eines Ortes, einer Stadt oder Region macht in vielen Fällen eine politische Regelung der Sprachkontakte erforderlich. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass diese Regeln konfliktfreie Kontakte garantieren. Vielmehr sind sie ein – manchmal verzweifelter – Versuch, die gesellschaftlichen Spannungen und Konflikte, für die die jeweiligen Sprachen nur eine Art Erkennungszeichen, ein Label für soziales, politisches und ökonomisches Ungleichgewicht sind, durch ein gesetzliches Regelwerk zu neutralisieren und damit einzudämmen, d.h. emotional aufgeladene Beziehungen auf eine rationale Ebene zu überführen. Die Schwierigkeiten, die mit einer solchen Lösungsmöglichkeit verbunden sind, lassen sich zur Zeit vor allem in den Krisenregionen des Balkans verfolgen, wo gegenwärtig in der Republik Mazedonien über die Einführung des Albanischen als gleichberechtigte Staatssprache verhandelt wird.

Das im Juli 2000 im mazedonischen Parlament verabschiedete Gesetz über Hochschulbildung, das die Gründung einer albanisch(sprachigen) Universität in Mazedonien vorsieht und damit einem über sechs Jahre andauernden Konflikt mit etlichen Todesopfern ein vorläufiges Ende setzte, ist nur ein Beispiel für diese Entwicklung.

Das Thema des Forums „Sprachkontakt als Sprachkonflikt“ lässt sich in seiner Grundproblematik auch in anderen Beiträgen dieses Heftes verfolgen, wie etwa im Bericht von Tomasz Pszczołowski aus Warschau über Lesekurse (S. 68 ff.), die u.a. der Überwindung sprachlicher Ethnozentrismen und damit einer Minimierung sprachlicher Konfliktsituationen dienen sollen. Ein ähnliches Ziel verfolgt auch das für das Wintersemester angekündigte studentische Projektutorium zum Problem der interkulturellen Kommunikation zwischen Russen und Deutschen (S. 107 ff.).

Ein Problem, das in diesem Heft leider nicht thematisiert wird, sind die Konflikte, die sich aus der Dominanz des Englischen in der Welt des Internet ergeben bzw. aus der Anglizifizierung der Einzelsprachen als Ergebnis der globalen Kommunikation über die digitalen Medien, von dem der östliche Teil Europas ebenso betroffen ist wie die übrigen nicht englischsprachigen Länder der Welt.

Das vermehrte Umschlagen von Sprachkontakt in Sprachkonflikt lässt u.a. den Fortbestand des Russischen als lingua franca im postsowjetischen Raum mehr als zweifelhaft erscheinen. In vielen der früheren Sowjetrepubliken, wie etwa in Estland, Litauen oder der Ukraine, hat das Russische seine ehemals beherrschende Stellung im öffentlichen Leben völlig eingebüßt, und die Kenntnis der jeweiligen Landessprache, der neuen Staatssprache, wird auch für die russischsprachige Bevölkerung vorausgesetzt. Im Hinblick auf den Prozess der europäischen Integration ergeben sich daraus ganz neue Erfordernisse für den Spracherwerb, auch und vor allem im Zusammenhang mit den Osteuropastudien. Allein unter diesem Aspekt sollten und müssen wir diese Entwicklung weiter im Auge behalten.

Rosalinde Sartorti

Arbeitsbereich Geschichte und Kultur